

OÖ Informiert

Nr. 3, 2014

GZ 04Z035680 M, Verlagspostamt 4040 Linz, P.b.b.

FPÖ DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI

**„Andere zögern,
ich pack' an!“**

MANFRED HAIMBUCHNER

Die Menschen. Das Land. Meine Berufung.

**Ein Jahr vor Wahl:
FPÖ startet mit
Kampagne
in den Herbst**

Seite 3

**Direkte Demokratie:
Mehr Mitsprache
für Bürger
überfällig**

Seite 6

**Strompreis:
In Oberösterreich
zahlt man mehr
als in Restösterreich**

Seite 9

Wohnbau:

„Die Baukräne bewegen sich“

Gute Nachbarn verstehen einander

Seit Juni bekommt man in Oberösterreich eine Genossenschaftswohnung nur, wenn man über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt. Nach dem Motto „Gute Nachbarn verstehen einander“ will Wohnbaulandesrat Manfred Haimbuchner mit dieser neuen Vergaberichtlinie ein besseres Zusammenwohnen ermöglichen.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass mangelnde Deutschkenntnisse häufig ein Grund für Konflikte innerhalb der Nachbarschaft waren. Nun werde das Konfliktpotenzial deutlich entschärft. Gelten wird diese Richtlinie für Angehörige von Drittstaaten, also Länder außerhalb der EU. Als Nachweis der Kenntnisse genügen das Zeugnis der Integrationsvereinbarung oder über einen Schulabschluss. Zudem gibt es die Möglichkeit, dass bei der Wohnungswerbung festgestellte ausreichende Kenntnisse der Sprache von mindestens einer im Haushalt dauerhaft lebenden Person nachgewiesen wird.

Manfred Haimbuchner im Gespräch:

 80m²-Neubauwohnungen unter 650 Euro gibt es kaum. Wie kann die Politik hier gegensteuern?

Haimbuchner: Heuer haben wir eine Wohnbauoffensive gestartet. Dabei wurden zwölf Empfehlungen und 32 Pflichtvorgaben erarbeitet. Der Wettbewerb unter den Bauträgern hat zu einer sehr aufwändigen Ausstattung der Wohnungen und zu steigenden Kosten geführt. Wohnen kann man nur leistbar machen, wenn der Bau der Lebensräume weniger Kosten verursacht. Nicht die Wohnqualität soll beeinträchtigt, sondern die

Leistbarkeit des Wohnens gewährleistet werden.

 Wie sieht die Situation bei Genossenschaftswohnungen aus: Ist in Sachen Wartezeiten in den letzten Jahren eine Entlastung spürbar?

Haimbuchner: Vom Bund aus Wien erhalten wir nur ein begrenztes Budget. Trotzdem ist es mir gelungen, die Wohnbauleistung bei rund 2.000 Wohnungen pro Jahr stabil zu halten. Damit liegt Oberösterreich im Spitzenfeld. Das Sonder-Wohnbauprojekt der Bundesregierung hat sich leider als Wahlkampfgeg herausgestellt. Da bin ich persönlich immer noch sauer, das hätte uns schon geholfen.

 Wie sieht es mit dem sozialen Wohnbau wegen des Sparzwanges künftig aus?

Haimbuchner: Immer nur nach mehr Geld zu schreien, ist mir zu billig. Wir setzen auf kreative Lösungen, wie zum Beispiel den Standardausstattungskatalog, um weiterhin 2.000 bis 2.500 Wohnungen jährlich errichten zu können.



Foto: Rolf Handke/pixelio.de

Arbeitslosigkeit:

Mitterlehner und Schelling sind gefordert

Auch im August gibt es einen traurigen Höchststand bei der Arbeitslosigkeit in Oberösterreich – es gab einen Anstieg um 12,5 Prozent. Derzeit sind mehr als 35.000 Menschen ohne Arbeit. Oberösterreich liegt damit österreichweit bei der Zunahme gleich hinter Wien.

Für FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner ist diese trübe Situation dem jahrelangen Reformstau zu verdanken. Aus Sicht von Haimbuchner wird die Lage am Arbeitsmarkt zur Nagelprobe für den neuen ÖVP-Obmann und den neuen Finanzminister: „Mitterlehner und Schelling sind jetzt gefordert. Beide stammen aus dem Wirtschaftsbund und müssen umgehend beweisen, ob sie tatsächlich etwas von Wirtschaft verstehen. Denn das Jammern über die Konjunktur alleine wird keine Arbeitsplätze schaffen“, fordert Haimbuchner längst überfällige Re-

formen ein. Komme es zu einer deutlichen steuerlichen Entlastung, könne die Wirtschaft und somit auch der Arbeitsmarkt endlich angekurbelt werden.

Haimbuchner verweist auch darauf, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Ausländern um 23,3 Prozent die Ausreise

von Drittstaatsangehörigen und EU-Bürgern bei längerer Arbeitslosigkeit erfordert. „Dieser Bereich darf nicht länger ein Tabuthema sein. Wir müssen alles daran setzen, dass der Arbeitsmarkt flexibel auf Herausforderungen reagieren kann“, so der freiheitliche Landesparteiobmann.





OÖ braucht einen Wechsel

„Ich fühle mich in unserem Heimatland Oberösterreich wohl. Daher werde ich weiterhin mit aller Kraft für unser Bundesland arbeiten“, so sind für FPÖ-Landesparteiobmann LR Dr. Manfred Haimbuchner Fortschritt und mutige Ideen notwendig. „Und diese Ideen gehören rasch umgesetzt.“

„Ich sehe noch viele Aufgaben und wir sind noch lange nicht dort, wo die FPÖ in Oberösterreich sein soll“, nennt Haimbuchner die klaren Ziele für das Wahljahr 2015: „Wir haben eine historische Chance, in Oberösterreich zweitstärkste Kraft zu werden und einen zweiten Sitz in der Landesregierung zu erringen. Und mit Andreas Rabl wollen wir in Wels erstmals einen Bürgermeister in einer Statutarrstadt stellen.“

In jenen Bereichen, wo Haimbuchner zuständig ist, zeigt er deutlich, dass er anpackt. So ist es gelungen – trotz weniger Budget – die Bauleistung im Wohnbau weiterhin hochzuhalten. „Die Baukräne bewegen sich weiter und somit werden wichtige Arbeitsplätze gesichert.“ Ein wichtiges Anliegen sei auch die Leistbarkeit des Wohnens. Zu viele Vorschriften verteuerten das Wohnen. Daher wurde entrümpelt. „Und mit dem Projekt ‚Junges Wohnen‘ sollen für junge Menschen leistbare Erstwohnungen errichtet wer-

den“, nennt Haimbuchner einige Kernbereiche. Aber auch im Naturschutz sei es notwendig, mit Hausverstand und Augenmaß mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten.

„Das Land braucht einen Wechsel. Den wird es im kommenden Jahr in Ober-

österreich geben, der zweite Platz vor der SPÖ ist in greifbarer Nähe. Ich traue SPÖ und ÖVP nicht zu, den Stillstand vorher zu beenden. Meine Ziele sind klar, aber die Fehler der anderen reichen nicht. Wir müssen auch selbst Tore schießen“, zeigt sich Haimbuchner ein Jahr vor der Wahl zuversichtlich.



LR Dr. Manfred Haimbuchner



Doppelstaatsbürgerschaft: Integration auf Türkisch?

Niemand weiß genau, wie viele türkische Doppelstaatsbürger es in Österreich gibt. Auch Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) nicht. Von türkischen Statistikern wird geschätzt, dass mehrere zehntausend Türken hier einen glatten und bewussten Rechtsbruch nach österreichischem Recht begehen.

Zur Erinnerung: Ende Mai hatte die Zeitung „Die Presse“ aufgezeigt, dass offenbar die türkischen Konsulate ihren Landsleuten, die die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten, den rechtswidrigen Tipp geben, sich einfach nach Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft wieder den türkischen Pass abzuholen. „Diese Neo-Österreicher brechen somit gleich ein heimisches Recht, wenn sie dieser Idee nachkommen“, so FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner.

Der umstrittene Besuch des türkischen Premier Erdogan in Wien zeigte: Da stellt sich die Frage der Integration der Zugewan-

derten mit türkischem Hintergrund in Österreich. Haimbuchner lehnt klar eine etwaige Gesetzesänderung ab, um in Zukunft Doppelstaatsbürgerschaften zu ermöglichen. „Das wäre für die Zuwanderer ein Angebot, sich nicht entscheiden zu müssen. Klare Integrationsbereitschaft sieht anders aus. Wer sich dafür entscheidet, in unserem Land zu leben und unsere Staatsbürgerschaft anstrebt, sollte sich in vollem Umfang für die neue Heimat entscheiden. Niemand kann Diener zweier Herren sein.“



Verpflichtende Bewegung überfällig

Die negativen Folgen fehlender Bewegung bei Kindern und Jugendlichen wie Übergewicht und Fettleibigkeit sind bekannt. Laut der jüngst präsentierten Schneider-Studie belaufen sich die Kosten ungesunder Ernährung und mangelnder Bewegung in OÖ auf bis zu 2,1 Milliarden Euro.

„Die tägliche Bewegungseinheit in Schulen und in Kindergärten ist daher unausweichlich – es muss schnellstens gehandelt und diese so wichtige Maß-

nahme gestartet werden“, fordert FPÖ-Klubobmann Mag. Günther Steinkellner. Durch die Einführung der täglichen Bewegungseinheit würde man das Übel bei der Wurzel packen. So könnten die genannten Kosten um vieles minimiert und die Fettleibigkeit vieler Oberösterreicher reduziert werden.



Im Jahr 2006 hat die FPÖ erstmals diese wichtige Initiative im Landtag eingebracht. 2009 gab es – erneut nach Antragstellung der FPÖ – einen gemeinsamen Beschluss der Landtagsfraktionen, 2012 haben sich dann auch alle österreichischen Parlamentsparteien für eine tägliche Bewegungseinheit ausgesprochen. Die Bundesregierung blieb allerdings, wie schon so oft, untätig“, erinnert Steinkellner.



Das „Linzer Programm“ der FPÖ

ÖVP und SPÖ, beide seit Jahrzehnten in Regierungsverantwortung, haben die Grenzen nach Österreich geöffnet und Österreich – wider dem Willen der meisten Österreicher – zum Einwanderungsland gemacht. Und nicht, dass man Österreich mit klassischen Einwanderungsländern wie Kanada oder Australien verwechseln würde: Dort muss man nämlich etwas können und penibel genau nachweisen, warum man einwandern möchte. Und dort gibt es klare und verbindliche Regeln für Zuwanderer.

Bei uns gibt es offenbar kaum Regeln. Und selbst, wenn man dagegen verstößt, gibt es keine Konsequenzen. Der Vorwurf, es gäbe eine massive „Ausländerkriminalität“ oder „ausländische Sozialschmarotzer“, ist keine freiheitliche Erfindung, sondern eine Reflektion der traurigen Realität.

Nun hat die FPÖ in Linz gezeigt, dass wir durchaus Vorstellungen haben, wie wir uns ein geordnetes Zusammenleben vorstellen können. In fünf Punkten des „Linzer Programms“:

1. Respekt und Rücksichtnahme muss verbindlich sein. Bei Gewalt darf es keine falsche Toleranz geben und kriminelle Ausländer müssen rasch abgeschoben werden.
2. Deutsch muss als Voraussetzung gelten, auch für die Vergabe von gemeinnützigen Wohnungen.
3. Ein Sozialsystem wird gefordert, das nur jenen nützt, die auch im sozialen Sinne einen Beitrag zur Gemeinschaft leisten.
4. Religiöser Radikalismus, der unseren gesellschaftlichen Regeln und Werten widerspricht, wird nicht geduldet.
5. Wo Fachkräfte fehlen, ist Ausbildung notwendig. Wenn Zuwanderung erforderlich ist, muss sie klar geregelt sein. Personen, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zu uns gekommen sind oder sich nicht an Gesetze halten, sollen in ihre Heimat zurückkehren.

Der fünfte Punkt ist deshalb so wichtig, weil er die Rückführung von jenen Ausländern verlangt, die Österreich nur ausnutzen oder gegen Gesetze verstoßen. Das ist ein klares Alleinstellungsmerkmal im Vergleich zu den Realitätsverweigerern von Rot und Schwarz.



Schickt sie einfach heim



Der Linzer Bundesrat der Grünen, Efgani Dönmez, fordert als Reaktion auf die radikale Entwicklung in islamischen Kreisen ein Verbotsgesetz, welches „radikale islamische Strömungen per Gesetz verbietet“. Das ist beachtlich und man sollte es als dringende Warnung an Österreich sehen, wenn sogar die Grünen Alarm schreien.

Das Schaffen neuer Gesinnungsgesetze ist jedoch nicht dienlich, wie der Linzer Sicherheitsstadtrat Detlef Wimmer (FPÖ) richtig entgegnet: „Wer seinen Lebensmittelpunkt oder seine Interessen ohnehin anderswo hat, muss ja nicht in Österreich bleiben. Wirksamer als ein Strafgesetz ist es, religiösen Fanatikern möglichst rasch den Asylstatus beziehungsweise die Staatsbürgerschaft abzuerkennen und sie – gegebenenfalls mit Einreiseverbot – auszuweisen. Für ein solches Ausweisungsverfahren im Eilzugtempo sollten die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden.“

Ebenso klar sieht das der Landesparteiobmann der FPÖ in Oberösterreich, Manfred Haimbuchner, und fordert zudem die Einberufung des Landessicherheitsrats: „Ganz klar gilt: Wer das Asylrecht missbraucht, hat den Schutz vor Verfolgung verwirkt. Asylrecht muss es für jene Personen geben, die wirklich verfolgt werden und in unserem Land Schutz suchen. Bei den nunmehr an der Grenze aufgegriffenen Personen war das deutlich nicht der Fall. Hier braucht es rasche Verfahren, um den missbräuchlichen Asylstatus abzuerkennen. Gotteskrieger haben in unserem Land nichts verloren.“ Der Druck auf die Bundesregierung sollte erhöht werden: „Wir wollen die Missstände in unserem Land nämlich nicht verwalten, sondern beheben.“

Bürgern mehr Mitspracherecht geben

Seit Jahren bemüht sich die FPÖ, dass die Oberösterreicher mehr Mitsprache erhalten. Zahlreiche Initiativen dazu liegen aber seit geraumer Zeit im Unterausschuss für Landesverfassung. Für FPÖ-Klubobmann Mag. Günther Steinkellner ist absolut unverständlich, „dass man über ein Mehr an direkter Demokratie überhaupt diskutieren muss. Dieses wichtige Thema muss endlich angegangen werden.“

Eine wichtige Forderung der Freiheitlichen ist die Herabsetzung der Einstiegshürden für Volksbefragungen. „In Oberösterreich sind diese im Jahr 2002 leider in

schwindelerregende Höhen geschraubt worden. Wir wollen,

dass zwei Prozent der Wahlberechtigten, das sind ca. 20.000 Unterschriften, für eine Volksbefragung reichen“, erläutert Steinkellner. Die FPÖ fordert außerdem mehr Bürgermitsprache im Bereich der Gesetzgebung: Künftig sollen bundesweit 100.000 Wahlberechtigte eine Volksabstimmung über einen im Parlament gefassten Gesetzesbeschluss verlangen können. Steinkellner: „Und das Ergebnis muss für die Politik verpflichtend sein, bei einem negativen Abstimmungsergebnis darf das Gesetz nicht wirksam werden.“

reden dürfen, notwendig sind folgende Maßnahmen: „Bürgerinitiativen, die von mindestens zwei Prozent der Wahlberechtigten unterstützt werden, müssen im Gemeinderat behandelt werden. Wenn diese Initiativen vier Prozent der Menschen als notwendig erachten und es zu keinem entsprechendem Beschluss der Gemeinde kommt, muss es zu einer Volksbefragung kommen, dessen Ergebnis ebenfalls bindend ist.“

Es ist an der Zeit, dass die Menschen bei wichtigen Entscheidungsprozessen miteingebunden werden. „Die Oberösterreicher wollen es nicht länger hinnehmen, dass alles über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, das zeigt auch die zumeist geringe Wahlbeteiligung“, so Steinkellner.

Auch die Gemeindebürger sollen künftig mehr mit-



Asylstatus:

Künftig an EU-Außengrenzen prüfen

Über den Sommer war die Diskussion über die Unterbringung von Asylwerbern rege, im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen wurde ein Aufnahmestopp verhängt. Für FPÖ-Klubobmann Mag. Günther Steinkellner „nichts anderes als ein Hin- und Herschieben der Problematik. Die Verteilung auf die Bundesländer ist bestenfalls ein Bekämpfen der Symptome.“ Die FPÖ fordert, dass der Asylstatus der betroffenen Menschen bereits an den EU-Außengrenzen überprüft wird. „Und erst dann soll eine gerechte Aufteilung an die EU-Länder erfolgen.“

Wir stehen dazu: Asylwerbern die um Leib und Leben fürchten, müssen unterstützt werden, ist für Steinkellner nötig, die Probleme an der Wurzel zu packen. „Und das passiert sicher nicht, wenn hunderte Menschen in ein Erstaufnahmezentrum gepackt werden und erst dann geprüft wird, ob sie überhaupt Asylstatus



haben.“ Würde dies bereits an sämtlichen EU-Außengrenzen passieren, können die Flüchtlingsströme besser kontrolliert und geleitet werden. Die wirklich Schutzbedürftigen müssen dann gerecht und entsprechend den Möglichkeiten auf die EU-Länder bei gleichen Leistungen aufgeteilt werden. Steinkellner: „Ob der Schutz in Österreich, Finnland oder Portugal gewährt wird, kann dabei keine Rolle spielen.“

Blaue Bikertour durchs Mühlviertel



Rund 230 Kilometer durchs Mühlviertel fuhren im Juni an die 40 freizeitliche Freunde auf ihren heißen Öfen. Treffpunkt war Ansfelden. In drei Gruppen aufgeteilt fuhr man bis zur ersten Rast in Grein. Zur Mittagspause kehrten die Motorradfahrer in der Schlossbrauerei Weinberg in Kefermarkt ein. Und zum Abschluss der blauen Motorradschlaf tour kam man in Untermühl im Gasthof Ernst zusammen, wo der Tag gemütlich ausklang.

Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner war ebenso dabei wie der blaue Vizebürgermeister von Wels, Andreas Rabl und sein Kollege, Stadtrat Gerhard Kroiß. Auch Landesgeschäfts-

führer Hubert Schreiner und Bundesrat Hermann Brückl waren gemeinsam mit den blauen Motorradfreunden unterwegs. Aus Linz verstärkten Fraktionsobmann Markus Hein und FA-Obmann

GR Manfred Pühringer die Truppe. LAbg. Alexander Nerat und die Wiener LAbg. Henriette Frank ergänzten das Team.

Kurzzeitpflegeplätze:

Pflegende Angehörige entlasten

Rund 80 Prozent aller Pflegebedürftigen werden zu Hause von ihren Angehörigen betreut. Mit ihren Betreuungs- und Pflegeleistungen erspart die Familie dem Staat rund drei Milliarden Euro. „Wenn nun die pflegenden Personen selbst verhindert sind, ist oft guter Rat teuer“, so FPÖ-Sozialsprecherin Ulrike Wall.

Im Landtag brachte die FPÖ einen Antrag ein, wonach Kurzzeitpflegeplätze bis zu 90 Tage pro Jahr gefördert werden sollen. „Uns geht es darum, dass die Betreuung gewährleistet sein muss, wenn pflegende Angehörige selbst ausfallen.“ Die pflegenden Angehörigen gehen mit ihren Betreuungs- und Pflegeleistungen oftmals an ihre körperlichen und seelischen Grenzen. „Dazu kommt die Sorge, wer die Pflege übernimmt, wenn man selbst (kurzfristig) ausfällt oder zeitweise nicht zur Verfügung steht“, argumentiert Wall. „Die Kosten für Kurzzeitpflegeplätze betragen etwa 100 Euro pro Tag, was für viele unleistbar ist. Ich fordere daher, dass den Familienangehörigen ein von der öffentlichen Hand geförderter Kurzaufenthalt in einem Alten- und Pflegeheim aktiv und präventiv zur Entlastung angeboten wird.“



Verantwortungslose Grüne Cannabis-Werbung

Die Jungen Grünen machen Werbung für die Legalisierung von Cannabis. Mit einem Riesenjoint ziehen sie durch Österreich. Scharfe Kritik an dem Aktionismus der grünen Parteijugend kommt von FPÖ-Jugend-sprecherin Silke Lackner: „Die Kifferkampagne vor unseren Schulen darf unter keinen Umständen toleriert werden. Verantwortungsbewusste Jugendpolitik sieht anders aus.“

Erst kürzlich wurde in Oberösterreich das Jugendschutzgesetz einstimmig geändert: E-Shishas, E-Zigaretten und Wasserpfeifen wurden als gefährlich für die Jugend definiert. Lackner zeigt auf, dass wissenschaftlich bewiesen ist, dass Cannabis eine

Einstiegsdroge ist. „Eine Verharmlosung ist brandgefährlich und steht für uns außer Debatte“,

stellt die freiheitliche Jugendsprecherin klar. Fraglich

ist, ob der grüne Aufruf nach Freigabe von Haschisch in völlig benebeltem Zustand erfolgte. „Wir müssen unsere Jugend vor Drogen schützen. Und so wie es aussieht, vor allem auch vor diesen linken Jugendorganisationen, die sich für eine Freigabe stark machen“, so Lackner.



Bundesheer wird kaputt gespart

Immer wieder liest man in den Medien, dass beim Bundesheer der Sparstift massiv eingesetzt wird. So sollte es keine Angelobungen mehr in den Regionen geben. Das wurde mittlerweile nach massiver Kritik zurückgenommen. Die Flugstunden der Eurofighter werden gekürzt, weil das Geld fehlt. Ganz zu schweigen vom maroden Fahrzeugbestand des heimischen Heers.

Foto: Bundesheer/Guenter Filzwieser



Für FPÖ-Klubobmann Günther Steinkellner erweist sich Verteidigungsminister Gerald Klug (SPÖ) als Totengräber des Bundesheeres: „Die SPÖ scheint ihren Feldzug gegen Österreichs Verteidigungsfähigkeit noch nicht beendet zu haben, wahrscheinlich sind die Herrschaften in der Löwelstraße erst zufrieden, wenn das Heer seine Einsatzbe-

reitschaft endgültig verloren hat!“

Erst im letzten Jahr wurden die Bürger befragt. Und dabei haben die Menschen in unserem Land sich klar für die Erhaltung der Wehrpflicht ausgesprochen. „Nun ignoriert man schamlos den Willen der Bürger, indem man das Heer existenziell beschädigt“,

kann man für Steinkellner an diesem Beispiel deutlich erkennen, was die SPÖ von direkter Demokratie und dem Wählerwillen tatsächlich hält. Nachdem man die Wehrpflicht nicht abschaffen konnte, scheint man das finanziell ohnehin stets schlecht versorgte Heer nun einfach auszuhungern.

„Die Geschehnisse der letzten Wochen und Monate beweisen uns, dass die Welt leider kein sicherer Ort geworden ist. Immerhin findet einer der bedrohlichsten Konflikte unserer Zeit auf europäischem Boden statt. Die Fähigkeit zur Landesverteidigung ist ein hohes Gut und wir sind unserer Bevölkerung gegenüber verpflichtet, es zu bewahren“, stellt der freiheitliche Politiker klar. Steinkellner verweist daher auf den im Landtag eingebrachten freiheitlichen Initiativantrag zur ausreichenden Budgetausstattung des Bundesheeres. Die momentane Situation erfordert eine rasche Erledigung des Antrages im zuständigen Ausschuss. „Das Kaputtsparen und Beschädigen des Bundesheeres muss unverzüglich gestoppt werden“, fordert Steinkellner.



KO Mag. Günther Steinkellner

Eigene Förderklassen für Migranten

Laut einer aktuellen Jugendstudie befürchten Jugendliche einen Absturz des Bildungsniveaus. Gleich ein Drittel der Befragten sagt, dass durch die massive Zuwanderung in unser Land das Bildungsniveau sinken könnte. 75 Prozent der Jugendlichen ohne bzw. 72 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind der Meinung, dass Zuwanderer gut Deutsch lernen müssen.

Die Realität sieht allerdings anders aus. Nicht einmal 15 Prozent der Kinder schaffen das Niveau für den Volksschuleintritt. Für FPÖ-Bildungssprecherin LAbg. Mag. Silke Lackner sind neben einer verstärkten frühen Sprachförderung auch Maßnahmen in den Schulen notwendig. Jeder siebte Schüler in Oberösterreich hat Deutsch nicht als Muttersprache. 42 Prozent der Volksschüler werden als „außerordentliche Schüler“ geführt. Konkret nehmen also 5.300 Kinder am Regelunterricht zwar teil, werden

aber nur teilweise oder gar nicht benotet. Grund dafür sind die mangelnden Sprachkenntnisse. „Aus FP-Sicht wären eigene Förderklassen für die Betroffenen notwendig, bis sie dem Regelunterricht folgen können. Dann wäre der Status ‚außerordentlicher Schüler‘ hinfällig.“



„Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft. Damit Kinder und Jugendliche nicht zu Schulabbrechern und somit zu den Arbeitslosen von morgen werden, ist der Erwerb von ausreichenden Sprachkenntnissen das Gebot der Stunde“, so Lackner.

Fischpartie Eberstalzell

„Ihr könnt stolz auf eure Fischpartie sein! Der halbe Bezirk Wels-Land und viele Welser sind hier zu Gast“, zeigte sich Landesparteiobmann Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner gegenüber dem Eberstalzeller FPÖ-Chef Franz Gastinger (Mitte) begeistert. Dessen Ortspartei ist jährlich der Veranstalter.



Oberösterreich ist DAS Strom-Hochpreisland

Oberösterreich ist beim Strom DAS Hochpreisland. Das belegen zahlreiche Medienberichte der letzten Tage. Um 45 Prozent sind die Großhandelspreise gesunken. Diese billigeren Preise werden jedoch nur in Ostösterreich und Salzburg an die Verbraucher weitergegeben. „In Oberösterreich müssen die Menschen für ihre Stromrechnung nach wie vor tief ins Geldbörstel greifen“, kritisiert FPÖ-Energiesprecher LAbg. Ing. Herwig Mahr.

Die FPÖ fordert von den Verantwortlichen in OÖ entsprechende Maßnahmen und rät den Konsumenten, durch einen Anbieterwechsel den Wettbewerb zu beleben und die eigene Geldbörse zu schonen. Mit dieser Forderung nach einem Wechsel des Anbieters steht die FPÖ nicht alleine da. Auch der Vorstand des staatlichen



Marktregulierers E-Control, Walter Boltz, rät den Kunden dazu: „Nur so können Stromlieferfirmen zu einer Preissenkung motiviert werden.“ Es würden bereits immer mehr einen Stromanbieterwechsel machen, „es sollten jedoch deutlich mehr sein.“

Ursachen für die überhöhten Strompreise in Oberösterreich sind für Mahr „die unrealistischen Energiestrategie-Vorhaben und die hohen Ökostromkosten.“ Ungenutzt bleiben zudem Optimierungsmaßnahmen. „Ein Umdenken ist ebenso nötig wie eine Fusion von Linz AG und Energie AG. Diese darf nicht mehr länger durch schwarz-rotes Pfründedenken verhindert werden. Die Oberösterreicher haben ein Recht auf günstigere Stromtarife.“

Staubsaug-Verbot wegen Abendgebet



Ein kurioses Schreiben erhielt dieser Tage eine Mieterin in Linz von ihrer Hausverwaltung.

Darin wurde der Frau mitgeteilt, dass sich ihr Nachbar in seiner abendlichen Ruhe zwischen 17 Uhr und 18 Uhr gestört fühle. In dem Schreiben wird auf die Religion und muslimische Herkunft des Nachbarn verwiesen, der in diesem Zeitraum sein abendliches Gebet verrichte und sich durch den Lärm des Staubsaugers dabei gestört fühle. Die Mieterin wurde von der Hausverwaltung aufgefordert, darauf Rücksicht zu nehmen und nach 17 Uhr nicht mehr staubzusaugen.

„Es gibt in Österreich ausreichend rechtliche Grundlagen und Gesetze, die für ein friedvolles Zusammenleben sorgen sollen. Dazu zählt etwa die Nachtruhe ab 22.00 Uhr. In manchen Wohnanlagen gibt es auch noch eigene Hausordnungen, die unterschiedliche Regelungen beinhalten. Aber nunmehr das Staubsaugen in den eigenen vier Wänden zu einer durchaus üblichen Tageszeit zu verbieten, geht doch zu weit“, betont FPÖ-Landesparteiobmann und Wohnbaulandesrat Manfred Haimbuchner. Das sei falsch verstandene Toleranz und diene keinesfalls der Integration. „Derartige Forderungen sind meiner Meinung nach kontraproduktiv“, so Haimbuchner.

Mit Herz und Verstand fürs Heimatland

Im LT1 Sommergespräch betont FP-Landeschef Manfred Haimbuchner: „Ich arbeite gerne mit Herz und Verstand für die Menschen in meinem Heimatland. Ich mache Politik für die Österreicher.“ Die FPÖ habe mit vielen Themenbereichen Recht gehabt und es müsse die Devise „Unser Geld für unsere Leute“ gelten.



Religiöse Radikalisierung eindämmen

Die Zahl der radikalen Muslime in Österreich nimmt laut Verfassungsschutz zu. Auch aus Oberösterreich sind bereits Islamisten nach Syrien und in den Irak gezogen. Rekrutiert wurden die vorwiegend jungen Menschen über soziale Medien, aber auch in Gebetshäusern und bei Koranverteilungsaktionen.

FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner will nun alles daran setzen, die religiöse Radikalisierung einzudämmen. „Jenen Kräften, die vor allem Jugendliche dazu verleiten, in den Dschihad zu ziehen, müssen bestraft werden“, fordert Haimbuchner. Er will auch die

Hintermänner der Gotteskrieger stoppen, denn diese hätten hierzulande „Unterstützer, Finanziere und eine nicht zu unterschätzende Zahl an Sympathisanten“. Derzeit würden nach Ansicht der FPÖ allerdings die gesetzlichen Möglichkeiten fehlen, um den besorgniserregenden Entwicklungen tatsächlich wirksam entgegenwirken zu können.

„Wir dürfen nicht wegschauen. Es muss auch die Bevölkerung sensibilisiert werden, das Problembewusstsein geschärft werden. Wer bemerkt, dass sich Personen in seinem Umfeld maßgeblich verändern

und radikalisiert wurden, sollte das zum Wohle aller rasch melden. Problematisch sind für Haimbuchner auch die Heimkehrer. Mehr als 130 Männer und ein Dutzend Frauen aus Österreich sollen derzeit Seite an Seite mit islamistischen Gruppierungen kämpfen. Wenn die Extremisten aus den Krisenregionen zurückkehren, könnten sie in ihren sozialen Milieus als Helden angesehen werden und damit eine verheerende Vorbildwirkung für junge Migranten einnehmen.

Aber auch terroristische Anschläge sind nicht ausgeschlossen. „Diese Heimkehrer stellen eine Gefahr für die Sicherheit unserer Gesellschaft dar“, so Haimbuchner.

„Wer sich freiwillig den IS-Truppen anschließt, dessen Ziele unterstützt oder islamistische Propaganda verbreitet, darf weder mit Toleranz noch Rücksichtnahme rechnen“, stellt der oberösterreichische FPÖ-Chef unmissverständlich fest.



Wirtschaft vor Russland-Sanktionen schützen

Die Wirtschaftssanktionen der Europäischen Union gegen Russland haben erste Auswirkungen auf die heimische Industrie. Mit Oktober werden 2.000 der insgesamt 2.400 Mitarbeiter beim Lkw-Erzeuger MAN in Steyr in Kurzarbeit geschickt. Gelten soll die Kurzarbeit vorerst bis Jänner 2015.

Es ist leider davon auszugehen, dass dies erst der Beginn der Auswirkungen der Russland-Sanktionen auf den ohnehin angespannten heimischen Arbeitsmarkt ist. Russland ist ein wichtiger Handelspartner für viele Sparten und Betriebe in unserem Land. Noch hat die VOEST den Auftrag für die Southstream-Pipeline, weil laut Konzern diese Lieferungen noch nicht unter die Sanktionen fallen. Die weitere Zukunft von Aufträgen für die VOEST ist wohl ungewiss, vor allem durch eine weitere Verschärfung der EU-Sanktionen. Die heimische Wirtschaft verliert bereits jetzt Milliarden, sind für den Landesparteiobmann der FPÖ Oberösterreich, Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner „diese EU-Sanktionen gegen Russland unsinnig. Da einige EU-Staaten nach Verschärfung der Maßnahmen laut rufen, drohen weitere Verluste für die Wirtschaft und die Arbeitnehmer.“

„Österreich wäre gut beraten, die absolute Brüssel-Hörigkeit im Interesse der Men-

schen zu beenden. Andere Staaten - wie etwa Ungarn, Zypern, Rumänien, Finnland und Italien - trauen sich, skeptisch gegenüber der Wirkung der Sanktionen zu sein. Diese Sanktionen werden auf dem Rücken des kleinen Mannes ausgetragen. Die ersten Betroffenen sind jene 2.000 Arbeitnehmer bei MAN in Steyr“, so Haimbuchner.

„Wir brauchen nicht Krisenpakete und Sozialpläne für Betriebe und Mitarbeiter, die von den Sanktionen betroffen sind. Wir brauchen ein rasches Ende der Sanktionen gegen Russland, um die heimische Wirtschaft und die Arbeitnehmer zu stärken. Jeder einzelne Arbeitsplatz, der auf Grund der Sanktionen verloren geht, ist ein Arbeitsplatz zu viel“ betont der FPÖ-Landesparteiobmann. Und der Steyrer Nationalrat Gerhard Deimek zeigt auf: „Es wurde von Solidarität mit der Ukraine und Europa schwadroniert – jetzt droht das AMS an die Tür zu klopfen. Das ist eine soziale und wirtschaftspolitische Katastrophe.“



Kritik an den Russland-Sanktionen übt auch der Landesobmann der FA, AK-Vorstand Manfred Pühringer: „Die große Weltpolitik wird auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen. Weniger Arbeit, weniger Verdienst, schlechtere Chancen sind der Preis für den blinden EU-Gehorsam unserer Regierung.“

Mit Grenzkontrollen unkontrollierte Flüchtlingsströme stoppen

Bayerns CSU-Chef Horst Seehofer spricht sich für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der deutschen Grenze zu Österreich aus. Innenministerin Mikl-Leitner hält dies für denkbar.

„Denkbar ist eindeutig zu wenig. Wir brauchen kein wochen- und monatelanges Hickhack und Tauziehen, rasches Handeln ist gefragt“, betont FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner. Aus seiner Sicht „sind angesichts der unkontrollierten Flüchtlingsströme Grenzkontrollen das Gebot der Stunde.“ „Die Asylpolitik in Österreich und in der EU ist gescheitert. Das Dublin II-Abkom-

men ist das Papier nicht wert, auf dem es steht“, spricht sich Haimbuchner zugleich dafür aus, dass nicht nur die Binnengrenzen, sondern auch die EU-Außengrenzen rigoros kontrolliert

werden müssen. Um sicher zu stellen, dass dies wirklich funktioniert, muss es aus Brüssel zur Sicherung der sozialen Sicherheit ausreichend finanzielle Mittel für die Grenzsicherung geben.





ÖBB korrigieren familienfeindlichen Tarif

Bereits im März kritisierte die FPÖ die neuen, familienfeindlichen Tarife der ÖBB. Mit Ende August hat die ÖBB die Kosten der Bahnkarten entsprechend adaptiert. Familien mit mehreren Kindern können seit 1. September wieder zum einstigen und günstigeren Tarif Bahn fahren.

Der neue Tarifplan, der mit 1. Jänner 2014 in Kraft getreten ist, sorgte für entsprechenden Unmut bei den Familien: Mit der „VorteilsCard Family“ können derzeit im Gegensatz zur noch im Vorjahr gültigen Karte nur noch höch-

stens zwei Kinder gratis mitfahren, auch für eine weitere erwachsene Person muss bezahlt werden. „Das ist eine Benachteiligung speziell für Mehrkindfamilien. Wir lehnen es ab, dass ein drittes und jedes weitere Kind weniger förde-

rungswürdig sein soll als die beiden ersten Kinder“, so FPÖ-Familiensprecherin LAbg. Ulrike Wall.

„Wir freuen uns, dass diese diskriminierende Maßnahme nunmehr ein Ende hat!“



ORF Sommergespräch: Menschen wollen Veränderung

FPÖ-Landeschef Manfred Haimbuchner stellte sich den Fragen von ORF-Redakteur Klaus Obereder im Sommergespräch. Dieses Mal in der historischen Villa Lanna in Gmunden. Manfred Haimbuchner hält fest: „Die FPÖ vertritt die Interessen der Menschen, die anständig sind und etwas leisten.“ Wichtig sei es in der Politik, immer bodenständig zu sein. „Die Menschen wollen Veränderung. Es herrscht Stillstand vor allem auf Bundesebene zwischen den beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP. Ich zögere nicht, ich packe an. Und Bundeskanzler Faymann und sein Vizekanzler Spindelegger packen nicht an.“

Nebenerwerbslandwirte müssen AMS-Bezug erhalten

„Ab einem Einheitswert von 1.500 Euro gibt es keinen Anspruch mehr auf Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung. Aber: Nebenerwerbslandwirte müssen auch weiterhin bezugsberechtigt im Falle der Arbeitslosigkeit sein.“

„Diese Einheitswerte sind kein tatsächliches Einkommen und Nebenerwerbsbauern leisten im Hauptberuf ihre Versicherungsbeiträge. Da muss es dann auch die Sicherstellung auf AMS-Bezüge geben. Dieser Murks ist rasch abzustellen.“ Dies fordert FPÖ-Landesparteiobmann, LR Dr. Manfred Haimbuchner.

„Kommt es zu keiner raschen Änderung, die meiner Ansicht nach sogar rückwirkend erfolgen muss, werden weitere Höfe für immer die Türen schließen, weil Kleinbauern ihre Bewirtschaftung aufgeben und die Flächen an andere Betriebe verpachten müssen“, kritisiert Haimbuchner, dass mit der derzeitigen Regelung, die offenbar von Schreibtischtätern erarbeitet

wurde, Kleinbauern in die Armut geraten.

„Wir brauchen eine sinnvolle Grenze der Einheitswerte für Arbeitslosengeld für Nebenerwerbslandwirte. Es kann jedoch nicht sein, dass Landwirte im Nebenerwerb die Felder bearbeiten oder Vieh im Stall stehen haben und einen Brotberuf tagtäglich nachgehen, weil ihr Betrieb für den Vollerwerb zu klein ist. Es kann nicht sein, dass diese Menschen zwar im Brotberuf Beiträge an die Arbeitslosenversicherung leisten müssen und im Falle des Jobverlusts dann keinen Anspruch haben. Einheitswerte sind formaler Natur und bringen in Wahrheit keine Einkünfte. Wir dürfen die Nebenerwerbslandwirte nicht im Regen stehen lassen. Daher muss der Anspruch auf Arbeitslosengeld unverzüglich wieder eingeführt werden“, fordert Haimbuchner.



BürgerInnenmeisterInnenkandidatInnen: Aus fürs Binnen-I?

Geschlechterneutral oder gegendert – das ist aus Sicht so mancher, vor allem linker Frauenpolitiker notwendig. Denn man soll die Frauen auch in der Sprache sichtbar machen. Dazu gibt es Regeln, Normen und Vorschriften. LehrerInnen, BeamtInnen, Landeshauptfrau... – für alle muss das Geschlecht auf den ersten Blick erkennbar sein. Kaum einer der Verfechter des Binnen-I bedenkt aber dabei: Es gibt dieses weder im Duden noch in der deutschen Rechtschreibung. Und ganz ehrlich: Was bringt es den Frauen?

Wochenlang diskutierte Österreich diesen Sommer darüber, ob Andreas Gabalier zu Recht die ursprüngliche Fassung der Bundeshymne beim Formel 1 Grand Prix in Spielberg gesungen hat. Die Aufregung vor allem im linken politischen Spektrum war riesig. Weil er die „Töchter“ Österreichs nicht würdigte, hagelte es massive Kritik. Aber diese Diskussion hat auch etwas Gutes: Es sprachen sich auch renommierte Professoren und zahlreiche Bürger gegen die Auswüchse des Genderwahns aus.

Wäre es nicht wesentlich sinnvoller, endlich wirklich jene frauenpolitischen Themen anzugehen, die meist nur rund um den 8. März – den Weltfrauentag – vor den Vorhang gezerrt werden?



Foto: Sabine Weiße/pixelio.de

Dass viele Frauen in unserem Land nach wie vor nicht gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten? Dass viele Frauen sich frei und ohne finanziellen Zwang zwischen Beruf und Familie entscheiden wollen? Würde all die Energie in die Lösung wirklich vordringlicher Themen der weiblichen

Bevölkerung gesteckt, wäre eines gewiss: Wir müssten nicht mehr darüber diskutieren. So aber argumentieren und feixen wir weiterhin, ob es „BürgerInnenmeisterInnenkandidatInnen“ bei der nächsten Wahl geben wird oder nicht. Und so manche Stilblüte würde es auch nicht geben: „Otto und Ottilie Normalverbraucher“. Oder um nach Spielberg zum Grand Prix zurück zu kehren: Benzinschwestern und Benzinbrüder. Glückliches Österreich!

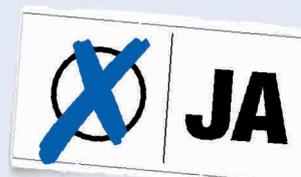
Mühlviertel:

Bürger sagen Ja zu Gemeindefusion

Am ersten Septemberwochenende haben sich mit großer Mehrheit und hoher Wahlbeteiligung die knapp 3.500 Bürger von Aigen und Schlägl im Mühlviertel für eine Fusion beider Orte ausgesprochen.

Für FPÖ-Klubobmann Günther Steinkellner ist die hohe Wahlbeteiligung der Bürgerbefragung „ein klares Signal, dass die Menschen die direkte Demokratie wollen und auch annehmen. Wir sollten daher rasch handeln und die FPÖ-Initiativen für eine Stärkung der Bürgerrechte noch diesen Herbst umsetzen.“

Durch die Fusion von Aigen und Schlägl sollen künftig jährlich etwa 100.000 Euro eingespart werden. Einmalig wird sogar ein Finanzeffekt von 865.000 erwartet. Bis 31. März nächstes Jahr müssen sich beide Gemeinden auflösen, bis spätestens 1. Mai 2015 wird dann die neue, gemeinsame Gemeinde Aigen-Schlägl per Landesverordnung gegründet. Ein Kommissär der Landesregierung übernimmt bis zu den Wahlen im Herbst interimistisch die Geschäfte.



Tourismus: Mit Herbstferien Saison verlängern

Der Vorschlag der Österreich Werbung, die schulautonomen Tage nach dem 26. Oktober zu Herbstferien zu bündeln, wird von FPÖ-Tourismussprecher NAbg. Mag. Roman Haider befürwortet. „Alle – Schüler, Eltern und der Tourismus – können davon profitieren“, so der FP-Tourismussprecher zu den Ideen der Touristiker, mit Herbstferien den Tourismus zu stärken.

Schulautonome Tage stellen für viele Eltern eine enorme Herausforderung dar: „Sind beide Elternteile berufstätig muss oftmals mit großem Aufwand die Betreuung in diesen Tagen gesichert werden“, so der freiheitliche Abgeordnete. Es sei auch nicht üblich, alle Kinder in

derselben Schule zu haben. Und die freien Tage variieren von Schule zu Schule. „Oft ist es daher nicht möglich, mit allen Kindern gemeinsam diese Tage sinnvoll zu nützen“, sind für Haider Herbstferien „zumindest eine Erleichterung.“

Der heimische Tourismus habe in den letzten Jahren viele Investitionen in Attraktionen im Herbst getätigt. „Herbstferien wären ein Schritt in die richtige Richtung, dass diese Angebote besser genutzt werden.“

Obst- & Gemüsebauern leiden unter Sanktionen



Sanktionen. Das ist die Antwort der EU auf die aktuellen Entwicklungen in Russland und der Ukraine. Auch die heimischen Obst- und Gemüsebauern sind davon betroffen, die auf ihren verderblichen Lebensmitteln nun sitzen bleiben, da Putin als Reaktion den Import von vielen Lebensmitteln aus der EU verboten hat. Das hat nunmehr Brüssel unter Zugzwang gebracht. So sollen betroffene Landwirte finanzielle Unterstützung erhalten.

Für den Landesobmann der Freiheitlichen Bauernschaft Oberösterreich, Landwirtschaftskammerrat Ing. Franz Graf ist klar: „Würde unsere Regierung weiterhin die Neutralität unseres Landes achten und nicht brüssel-hörig sich bei den Sanktionen beteiligen, würden viele heimische Bauern nun nicht in der Klemme sitzen. Denn nicht nur Obst- und Gemüsebauern lieferten bis dato Waren

nach Russland, auch andere Agrarbereiche, wie Milch- oder Fleischbauern verlieren einen wichtigen wirtschaftlichen Absatzmarkt.“

„Jahrelang aufgebautes Vertrauen in die gute Qualität der Produkte unserer Landwirte gibt es. Das zeigt das bisherige Vertrauen der russischen Konsumenten in die bäuerlichen Produkte Österreichs.

Graf verweist zudem darauf, dass auch mit einem Preisverfall zu rechnen ist.

„Immerhin gibt es nunmehr wesentlich mehr Produkte am Markt als benötigt werden. Dem Rat von Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter, dass pro Woche und Bürger ein Apfel mehr gegessen werden soll, kann ich recht wenig abgewinnen.“

Top informiert aus erster Hand

Stark vertreten in den sozialen Medien ist FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner. „Facebook ist eine hervorragende Möglichkeit mit seinen Wählern zu kommunizieren und auf dem Laufenden zu bleiben“, beschreibt Haimbuchner sein Motiv, das weltweit größte soziale Netzwerk für die politische Arbeit zu nutzen. „Die Plattform wird auch im Landtagswahlkampf 2015 eine zentrale Rolle spielen“, versichert der FPÖ-Politiker.

Doch nicht nur auf die Anzahl der Fans kommt es an, sondern auch auf die Art der Online-Kommunikation. So weist die Facebook-Seite von Manfred Haimbuchner eine um vielfaches bessere Interaktionsrate auf als die der

Mitbewerber. D.h.: Werden Informationen mit den Fans geteilt, sind innerhalb weniger Stunden oft hunderte „Gefällt mir“ seiner Freunde die Folge. Teilen sich die Polit-Chefs der anderen Parteien ihren Fans mit, landen deren

Posts stets in der Bedeutungslosigkeit. Auch die anderen Online-Medien präsentieren sich neu. „Wir sind fit für den Wahlkampf im kommenden Jahr“, so Haimbuchner. Eine für alle Endgeräte optimierte, mehrmals wöchentlich aktuelle und nutzerfreundliche Webseite, ein regelmäßiger, interaktiver Newsletter sowie ein eigenes Internet-Fernsehen (Haimbuchner TV) zeigen, dass die FPÖ nicht nur die zukunftsweisenden Ideen vertritt, sondern auch die Pionierarbeit in der technischen Umsetzung leistet.



YouTube.com

Haimbuchner TV
aktuell • ehrlich • informativ



Schweiz auch bei Finanzen als Vorbild

Auch im Steuerbereich sollte die Schweiz Vorbild sein. Das fordert FPÖ-Landesparteiobmann LR Dr. Manfred Haimbuchner. In einer Pressekonferenz präsentierte Haimbuchner gemeinsam mit FPÖ-Klubobmann Mag. Günther Steinkellner und der Direktorin des Austrian Economics Center, Dr. Barbara Kolm ein Gutachten, das die Forderung nach Steuerhoheit für die Länder nach Schweizer Vorbild untermauert.

Die Bundesländer sollen wie die Kantone in der Schweiz Steuern einheben dürfen, so die Forderung der FPÖ. Generell habe die Schweiz Vorbildcharakter – bei der direkten Demokratie, aber auch beim Steuersystem. „In der Schweiz sind die Staatseinnahmen viel besser verteilt und werden stärker regional verwendet.“

Konkret soll es in Österreich den Ländern und Gemeinden möglich sein, wie die Kantone in der Schweiz selber Steuern einheben zu dürfen. Vorstellbar seien etwa die Einkommens- oder die Lohnsteuer. Mehrwertsteuer oder Tabaksteuer sollten weiterhin vom Bund eingehoben werden. Insgesamt gesehen dürfe die Steuerlast jedenfalls nicht steigen. „Mit mehr Föderalismus kommt es zu einem gesunden Standortwettbewerb. Und zusätzlich erhalten die Länder und Gemeinden deutlich mehr Geld als durch den derzeit geltenden Finanzausgleich.“



Barbara Kolm nannte auch Zahlen: Von den gesamten österreichischen Staatseinnahmen im Jahr 2012 bekamen Länder und Gemeinden nur 34,9 Prozent. „In der Schweiz liegt die Quote bei 65,5 Prozent. Die Gemeinden und Kantone haben dort fast das Doppelte an Finanzmittel zur Verfügung.“

Für FP-Landeschef Haimbuchner ist das Schweizer Modell auch gerechter: Im Jahr 2010 gingen 8,944 Milliarden Euro an oberösterreichischen Steuern an den Bund in Wien. Über Ertragsanteile, Zuschüsse und Zuweisungen erhielten das Land und die Gemeinden 4,377 Milliarden Euro zurück. Das sind lediglich 48,9 Prozent. Oberösterreich erhält somit als einer der größten Nettozahler nicht einmal die Hälfte aller an den Bund abgeführten Steuern zurück.



Rettungsgasse für „Notfall“ Gesundheit

Das massive Problem der mangelnden Ärzte nahm die FPÖ zum Anlass, um eine Rettungsgasse für den „Notfall“ Gesundheit einzufordern.

Spitalsärzte seien demotiviert und überarbeitet, junge Ärzte wandern ins Ausland ab und mit der bevorstehenden massiven Pensionierungswelle bei Landärzten drohe ein Aussterben der medizinischen Versorgung am Land.

Ein Studienplatz für Medizin kostet 270.000 Euro. „Rund 600 von 1.400 Absolventen verlassen nach abgeschlossener Ausbildung Österreich“, sind aus Sicht der FPÖ eine rasche Ausbildung, verbesserte Einkommenssituationen und Arbeitsbedingungen Gründe dafür, warum Jungmediziner nach Deutschland oder in die Schweiz gehen würden.

Die FPÖ will ein Maßnahmenpaket: So soll es etwa Lehrpraxen für angehende Landärzte geben. Aber auch eine Starthilfe für Mediziner nach Schweizer Vorbild und die Bildung von „akzeptablen Gruppenpraxen“, wo Ärzte Mediziner aus anderen Disziplinen anstellen können, könnten die Situation verbessern. Viel zu lang sind auch die Arbeitszeiten. 30 oder mehr Arbeitsstunden ohne Unterbrechung sind keine Seltenheit. Für die Freiheitlichen sind 25 Stunden genug.



„Kabarett am See“ voller Erfolg

Ein Sommerfest mit Angriff auf die Lachmuskeln fand auf Einladung der FAOÖ am Attersee statt. „Die Kabarettisten „Blitzgneisser“ sorgten mit ihrem Programm „Na ned na na“ für viele Lacher und gute Stimmung“, freut sich der Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer, AK-Vorstand Manfred Pühringer über den Erfolg des blauen Arbeitnehmerfestes.

Als Ehrengäste konnten unter anderem der Bundesobmann der FA, LAbg. Bernhard Rösch, die Nationalratsabgeordneten Heinz Hackl und Philipp Schrangl sowie der Fraktionsobmann der FA Oberösterreich, Rudolf Bachmaier, begrüßt werden. Das Wetter war den freiheitlichen Arbeitnehmern gut gestimmt.



Das Team der FA Oberösterreich mit NAbg. Mag. Philipp Schrangl



v.l.n.r.: Bernhard Rösch, Manfred Pühringer, Rudi Kroiß



Freiheitliche Frauen halten Hof!

„Frisch, Fröhlich, Freiheitlich“ war der Tenor, der sich durch den Sommernachtsstammtisch der „initiative Freiheitlicher Frauen (iFF) zog. Der Bezirksstammtisch fand im bodenständigen Ambiente des „Freilichtmuseums Brunnbauerhof“ statt. Als Ehrengast durfte die Bezirksfrauenreferentin Marianne Hacker LAbg.

StR Ing. Herwig Mahr begrüßen. Mahr griff in seinem Vortrag über den sozialen Wohnbau das leistbare Wohnen auf. Unterstützt wurden die FPÖ-Frauen tatkräftig vom Ring Freiheitlicher Jugend, der die angebotenen selbstgemachten Köstlichkeiten den zahlreichen Gästen servierte.

Impressum:

MIH FPÖ Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz; Redaktion: B. Thurner, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, 0732/736426-31. Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: FZOÖ – Freie Zeitung Oberösterreich MIH zu 100 %: FPÖ Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, Tel.: 0732/736426-0. Vertreten durch Landespartei-vorstand: M. Haimbuchner, G. Deimek, A. Gradauer, H. Hackl, R. Haider, A. Kitzmüller, E. Podgorschek, A. Cramer, W. Klinger, H. Mahr, A. Nerat, D. Schießl, U. Wall, F. Obermayr, W. Ratt, H. Schreiner, D. Wimmer, A. Affenzeller, C. Hartwagner, P. Bahn, H. Brückl, H. Zöttl, G. Kroiß. Grundlegende Richtung: Programm der FPÖ und Beschlüsse der Organe der FPÖ